

Montag, 15. August 16

Tim Alexander Abitzsch
Referent für Presse und
Öffentlichkeitsarbeit

abitzsch@fdp-fraktion-hb.de

FDP-Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft
Sandstraße 2
28195 Bremen

T: 0421 98 96 40 21
F: 0421 98 96 40 99

PRESSEMITTEILUNG

Wie geht es weiter mit den Krankenhäusern in Bremen und Niedersachsen?

FDP-Fraktion diskutiert Zukunft und Perspektiven im Spannungsfeld von Preis- und Qualitätsorientierung im Gesundheitssystem

Bremen, 11.08.2016. Um die Zukunft und Perspektiven der Krankenhäuser in Bremen und Niedersachsen ging es bei der gut besuchten Podiumsdiskussion am vergangenen Mittwoch (10.08.2016) im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft. Gut 50 Gäste waren der Einladung der FDP-Fraktion Bremen gefolgt und diskutierten mit den Experten aus Krankenhauswesen, Gesundheitswirtschaft und Politik Herausforderungen und Handlungsbedarfe der regionalen Krankenhausversorgung und -planung.

In Niedersachsen und Bremen existiert ein flächendeckendes Netz an Krankenhäusern, das eine hochwertige und wohnortnahe Versorgung der Patienten an 365 Tagen im Jahr gewährleistet. Doch die Krankenhauslandschaft bindet sich bundesweit in einer Umbruchphase und auch die Rahmenbedingungen der Krankenhäuser werden im Spannungsfeld von Preis- und Qualitätsorientierung immer schwieriger.

„Die Qualität der Versorgung muss einen hohen Stellenwert einnehmen, Wirtschaftlichkeit ist in diesem Sektor nicht alles. Die Krankenhausplanung hat die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen“, erklärte der stv. Fraktionsvorsitzende und gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Bremen, Dr. Magnus Buhlert in seinen Eingangsworten zur Veranstaltung.

In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierte der liberale Gesundheitspolitiker mit Kathrin Herbst, Leiterin der Landesvertretungen Hamburg und Bremen Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek), Uwe Zimmer, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen e.V. (HBKG) und den Gästen die teils unterschiedlichen Vorstellungen zur Krankenhausversorgung.

Herbst nahm unter anderem zur Bremer Krankenhausplanung Stellung. Diese sei in Bremen aus ihrer Sicht sehr gut geregelt mit einem dreistufigen Verfahren, in dem Krankenhäuser und Krankenkassen sich über Behandlungskapazitäten und Strukturen verständigten. Diese würde dann in den Landeskrankenhausplan eingearbeitet und nach Letztentscheidung der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz würde der Plan vom Bremer Senat beschlossen. Für die Zukunft forderte sie, bei der Krankenhausplanung Qualitätsdaten verbindlich zu berücksichtigen. „Für schlechte Qualität darf es künftig kein Geld mehr geben. Daher ist es wichtig und begrüßenswert, wenn Bremen sein Landesgesetz zur Krankenhausplanung reformiert und die Behandlungsqualität zu einem verbindlichen Kriterium der Krankenhausplanung macht.“

Zimmer wies auf die ersten Erfahrungen aus den länderübergreifenden Besprechungen zur besseren Abstimmung der Krankenhausplanung zwischen Bremen und Niedersachsen hin: „Aus der Sicht der Krankenhäuser im Land Bremen sollten diese verstetigt und fest etabliert werden. Da die Situation der Krankenhäuser in beiden Ländern sowohl bei der Betriebskostenfinanzierung als auch in Bezug auf die von den beiden Ländern nur unzureichend zur Verfügung gestellten Investitionsmittel wirtschaftlich sehr angespannt sei, müssen Fehlplanungen an den jeweiligen Landesgrenzen vermieden werden. Dazu tragen die bisher geführten Gespräche entscheidend bei. Im Hinblick auf die Forderungen des vdek zur Qualität haben die Krankenhäuser im Land Bremen kein Problem, wie die jährlich veröffentlichten Daten im Bremer Krankenhausspiegel eindrucksvoll belegen.“

Für Buhlert ist Bremen ein leistungsstarker Gesundheitsstandort mit einem breiten und zugleich hochspezialisierten Angebot. "Wir sind Oberzentrum und nehmen diese Funktion auch in diesem Sektor für das niedersächsische Umland wahr." Dass sich Niedersachsen an der Bremer Krankenhausfinanzierung beteiligt, hält er für abwegig. „Dort gibt es viele Investitionsrückstände. Eine bessere Abstimmung der Planungen wäre hingegen wünschenswert.“ Für die Zukunft plädierte der Freie Demokrat für eine Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf ein monistisches System: „Die Entscheidungshoheit der Länder über Investitionen gehört auf den Prüfstand, insbesondere wenn sie wie Bremen wirtschaftlich nicht mehr in der Lage sind, eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen.“ Für ihn gehört mittel- bis langfristig die Entscheidungs- und Finanzierungsverantwortung für Betriebs- und Investitionskosten in die Hand eines Finanzierungsträgers.